

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

68 (22.3.1927)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Wochensunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Verlagspreis: halbjährlich 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 P. Sonntags 15 P. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 P., Restline 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Postfach, Karlsruhe 2650.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Radel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag: des Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Die Abrüstungsfrage

Vorbereitender Ausschuss für die Abrüstungskonferenz

Genf, 21. März. Bei der Eröffnung der dritten Tagung des vorbereitenden Ausschusses für die Abrüstungskonferenz führt der Präsident, der holländische Gesandte in Paris, Van Don, aus, daß diese Tagung auf einem positiven, einfachen und verständlichen Ergebnis gelanget werden müsse. Wenn im Ausschuss, was er im Augenblick bewirke, irgendjemand gegen die Erreichung dieses Zieles sei, so möge er das offen bekennen und die schwere Verantwortung dafür auf sich nehmen. London erklärte dann, daß der Begriff Abrüstung im letzten Zeitpunkt Hoffnungen wecke, die nicht verwirklicht werden können, weshalb der Nachdruck auf die Serabstimmung der Rüstungen gelegt werden müsse. Es sei unzulässig, daß die Möglichkeit bewaffneter Abwehr jedem Staat für den Fall eines Angriffes erhalten bleiben müsse, sobald die Abrüstung selbst nur schrittweise und nach und nach erreicht werden könne. Die erste Aufgabe müsse sein, dem verhängnisvollen Wettrennen Einhalt zu gebieten. Wir haben, so erklärte er, eine allgemein gültige Konvention im Auge, die, wie wir hoffen, auch von der Sowjetregierung und durch andere Staaten, die dem Völkerbund nicht angeschlossen sind, unterzeichnet wird. Nach dem Präsidenten London erwiderte der englische Delegierte Lord Robert Cecil das Wort. Auf Grund der vorliegenden Berichte äußerte Cecil die Ansicht, daß bereits grundräßig über 5 Punkte ein Einverständnis erzielt sei und zwar darüber, daß die Land-, Luft- und Seebestimmung als gemeinsames Problem behandelt werden sollen, daß die Herabsetzung der Rüstungen auf die Friedensbedingungen beschränkt bleiben soll, daß gewisse Sicherheitsmaßnahmen werden müssen, das hinsichtlich der Landrüstungen nur noch begriffsmäßige Unterschiede bestehen, und daß in gewissem Sinne das Budget als Vergleichsmaßstab in Frage kommt.

Lord Robert Cecil betonte im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen, daß sich niemand den Abrüstungsverpflichtungen aus Artikel 8 des Völkerbundespaktes entziehen wolle. Der italienische Delegierte erinnerte an die in Italien sofort nach Kriegsende vollzogene Abrüstung und betonte, diese Abrüstung sei in Italien in so großem Umfange vorgenommen worden, daß Italien heute gegenüber anderen Ländern in einer unterlegenen Stellung sich befinde. Andere Länder hätten dagegen sofort nach dem Kriege mit der Neurrüstung begonnen. Unter Berücksichtigung dieser beiden Tatsachen müsse man also das Abrüstungswort mit einer Revision der Rüstungen und nicht mit einer Stabilisierung der jetzigen Rüstungsverhältnisse begreifen. Die nächste Sitzung wurde auf Dienstag nachmittags angelegt, in der Graf Bernstorff eine längere, grundsätzliche Erklärung zur Abrüstungsfrage abgeben wird.

Englische „Abrüstung“ in der Praxis

Im Unterhaus wurden Anträge eines Mitgliedes der Arbeiterpartei, den Etat für das Marinepersonal heranzuziehen und die Abschaffung aller U-Boote und die Einschränkung des Tonneneinsatzes der Kreuzer auf 5000 Tonnenn anfangs der im Bahingtoner Vertrag vorgesehene 10000 Tonnenn durchzuführen, mit 231 gegen 92 Stimmen abgelehnt. Der Erste Lord der Admiralität wandte sich gegen die Resolution, daß die Konventionen gegen den Frieden seien und einen neuen Rüstungswettbewerb begünstigen. Unter der Voraussetzung, daß auf die völlig eigenartige Stellung Großbritanniens, dessen Leben von der Freiheit der Meere abhängt, Rücksicht genommen werde, werde Großbritannien auf der Konferenz bereit sein, alle Vorschläge zur Einschränkung der Rüstungen zu prüfen, die für andere Mächte annehmbar seien mit dem ausdrücklichen Wunsch nach einer Einigung.

Warum Konfordat?

Im Verlaufe der Debatte über den Haushalt des Reichsinnenministeriums hat auch die Frage eines Konfordats eine Rolle gespielt, ohne daß sich über den Stand der tatsächlich geführten Verhandlungen Klarheit herrschen würde. Auch der sozialdemokratische Redner machte über die Angelegenheit einige zurückhaltende Bemerkungen, die vom Zentrum mit Genehmigung zur Kenntnis genommen wurden. Aber das soll und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Konfordatsfrage Zentrum und Sozialdemokratie an den entgegengesetzten Enden des Laues ziehen. Diese Gegensatzhaftigkeit der Sozialdemokratie zum Konfordat entspringt keiner feindseligen Gesinnung gegen die katholische Kirche oder gar gegen die katholische Weltanschauung. Die Sozialdemokratie denkt auch nicht daran, sich in der Konfordatsfrage zu irgendwelchen überlebten Kulturkampfstritten, wie sie von evangelischer Seite bereits wieder munter gelebt werden, hinziehen zu lassen. Aber gerade weil die Sozialdemokratie die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Schwierigkeiten der Zeit nicht noch durch einen völlig überflüssigen und bedenklichen Kulturkampf in bedenklicher Weise erschweren möchte, darf sie dem Zentrum keinen Zweifel darüber lassen, daß sie für irgend ein Konfordat nicht zu haben ist.

Durch ein Konfordat will die katholische Kirche Sicherungen und möglichst auch Verbesserungen ihrer kirchlich-politischen Situation über die Weimarer Verfassung hinaus erreichen. Gelingt es, die wichtigsten kirchenrechtlichen Fragen und — was noch viel bedeutender wäre — auch die schulpolitischen Kardinalfragen der Gegenwart in einem Konfordat zu regeln, so wäre damit die deutsche Schulgesetzgebung und Verwaltung in gefährlichster Weise in Festseln geschlagen. Durch das Konfordat sollen Kirchen- und Schulfragen vertraglich mit dem Vatikan in Rom, also international geregelt werden. Jede deutsche Maßnahme auf diesen Gebieten würde also stets zuerst danach untersucht werden, ob sie auch mit der internationalen Vereinbarung des Konfordats in Einklang zu bringen ist. Zwar würden die einzelnen Bestimmungen des Konfordats vorichtig gefaßt werden, man würde sich wahrscheinlich bemühen, möglichst nur Bestimmungen der Weimarer Verfassung in gleichem oder ähnlichem Wortlaut in das Konfordat hineinzuschreiben. Aber wenn es sich wirklich nur um die Verfassungsbestimmungen handelte, so wäre das Konfordat überflüssig, denn wir müßten es uns doch höchst verbiten, daß irgend eine Partei die Sicherungen der Verfassung durch das deutsche Volk nicht für genügend erachtet und sich eine Rückversicherung über eine außerdeutsche Instanz, über Rom, zu verschaffen sucht. Oder es handelt sich nicht nur um die Verfassungsbestimmungen, also selbstverständlich um mehr, als die Weimarer Verfassung auf kirchen- und schulpolitischem Gebiet festgelegt hat; denn ist das Konfordat nicht nur überflüssig, sondern in höchstem Maße gefährlich.

Bayern hat mit der Selbstverständlichkeit, mit der es Separatrechte für sich in Anspruch nimmt, auch bereits seit langem sein Konfordat. Aber damit, daß Bayern sich dazu hergab, hat es noch kein neues Recht geschaffen, sondern es hat zu seinem vielen verfassungswidrigen Unrecht ein neues hinzugefügt. Bei der vorwiegend katholischen und ausschließlich partikularistischen Tendenz der bayerischen Regierung und der Schwäche der Reichsregierung gegenüber bayerischer Selbstherrlichkeit besteht das verfassungswidrige bayerische Konfordat nun einmal, aber es ist damit außer in Bayern noch nicht anerkannt. Die übrigen Länder werden sich hoffentlich hüten, dem bayerischen Beispiel zu folgen. Ebenso wenig darf sich das Reich darauf entlassen, daß immer dann vom Zentrum in den Vordergrund geschoben wird, wenn es sich um Wünsche handelt, die von der Mehrzahl der Länder nicht erfüllt werden würden. Das Zentrum beruft sich aber stets ebenso schnell auf die territorialen und einzelstaatlichen Gelegenheiten, die gewissenhaft geachtet werden müßten — wie das auch der Zentrumsredner zur Frage der Reichseinheit wieder ausgiebig getan hat — wenn es mit dem Föderalismus besser vorwärts zu kommen hofft.

Die Religionsgesellschaften haben nach der Weimarer Reichsverfassung die größte Selbstständigkeit und Freiheit; diese gemäß der Verfassung zu wahren wird auch die Sozialdemokratie stets bereit sein. Darüber hinaus eine neue, über die Weimarer Verfassung hinausgehende internationale Sicherung der Kirche durch Staatsvertrag zu schaffen, liegt fern Grund vor. Das deutsche Schulwesen muß durch rein deutsche Schulgesetze die rechtliche Sicherung erhalten, die ihm noch fehlt.

Der italienisch-jugoslawische Konflikt

Militärische Vorbereitungen

WTB, Budapest, 22. März. Aus Agrar werden militärische Vorbereitungen der Italiener längs der jugoslawischen Grenze gemeldet. In Pola sei eine neue Militärlagerung angeordnet worden, und mehrere italienische Militärlagerungsposten seien in der jugoslawischen Küste ab. Das 11. Bergjäger-Regiment sei an die Grenze verlegt worden. Die italienischen Grenzjäger in Fiume, St. Petez und Andra seien um einige Bataillone verstärkt worden.

man aus allerhand Prestigegründen Strejemann das Verdienst für eine Einberufung des Völkerbundes nicht überlassen möchte.

Ein Zwischenfall in der Stupschina-Sitzung

Belgrad, 21. März. In der heutigen Sitzung der Stupschina erklärte der ehemalige Außenminister Trumbitsch (Kroatische Föderation) zum italienisch-jugoslawischen Konflikt, die Italiener seien in ihrer Politik Jugoslawien gegenüber niemals aufrichtig gewesen. Auch während des Weltkrieges, als sie Verbündete Serbiens waren, hätten sie sich nicht charaktervoll benommen. Wenn die Italiener ihre gegenwärtige Politik fortsetzen, so werde eines Tages an der Adriaküste neben Italien Jugoslawien und Albanien noch ein vierter Staat erscheinen und dies würden die Italiener bereuen.

Belgrad, 22. März. (Funkdienst.) Im Verlaufe der Verhandlungen rief der Abgeordnete der Opposition Wälder nach der Diplomatenloge des Parlaments gerichtet: „Der jugoslawische Gesandte in Rom mußte Italien schon längst verlassen. Der italienische Botschafter aber ist immer noch hier als Chef einer arabischen Spionagebande. Die ganze Welt weiß das.“ Der Präsident der Stupschina schloß den Abgeordneten Wälder zunächst aus dem Hause aus und verteilte dann die Sitzung, indem er gleichzeitig den Zwischenfall als „unwürdig“ bezeichnete. In der neuen Sitzung erklärte der jugoslawische Außenminister: Die förmliche Regierung behauptet, daß ein Abgeordneter sich soweit verhalten konnte, in diesem Hause einen Vertreter einer fremden Macht zu beleidigen.“ Im weiteren Verlauf der Debatte über die Außenpolitik wurde Italien von den verschiedensten Rednern scharf angegriffen. Die Angriffe richteten sich insbesondere auch gegen die Politik des früheren Außenministers Risschitsch, der sich während seiner Amtszeit, trotz aller Entschuldigungen, immer wieder Italien zuwandte. Der frühere Außenminister Trumbitsch forderte im Verlaufe der Diskussion u. a. eine weitaus freundschaftlichere Haltung gegenüber Deutschland als bisher.

Die Haltung Frankreichs

Paris, 21. März. (Eig. Draht.) Eigentümlicherweise steht man hier einer Intervention des Völkerbundes im gegenwärtigen italienisch-jugoslawischen Konflikt mit schlichtem Widerstreben gegenüber und erhofft eine Klärung auf diplomatischem Wege. Der Grund hierfür mag daran liegen, daß

Die Regierungstunft des Besitzbürgerblocks

Berlin, 22. März. (Funkdienst.) Das Reichsabinett befaßte sich u. a. am Montagabend mit der Bilanzierung des Etats. Die hierüber vorliegenden Meldungen besagen, daß auch jetzt ein endgültiger Beschluß noch nicht gefaßt wurde. Man plant zunächst, das im Etat vorgesehene Konsumprogramm noch einmal einer genaueren Revision zu unterziehen und möglichst starke Einschränkungen vorzunehmen. Der Ausgleich soll also auf Kosten der Sozialpolitik erfolgen. Laut „Täglicher Rundschau“ sollen die am Montag geführten interfraktionellen Verhandlungen der Weimarer Parteien über den Ausgleich des Voranschlags zu einer gewissen Verständigung geführt haben, von der heute dem Steuerzuschuß des Reichsstaates Mitteluna gemacht werden soll. Darnach hat man sich entschlossen, im Etat

eine Reihe von Abstrichen vorzunehmen. Ferner sollen in den Etat eingetragt werden, die Ausgaben für eine Verbesserung der Kleinstrentenverträge und für eine Erhöhung der Zuvalldentente. Es handelt sich selbstverständlich auch hierbei, wie es sich für den Bürgerblock ziemt, um ganz unangelegende Mittel. Alle anderen dringenden Ausgaben, d. h. die Erhöhung der Beamtenbeholdungen, die Aufbesserung der Krankenkassenbeiträge für die Arbeiter und die Verschärfung der Liquidationsmaßnahmen, d. h. mit anderen Worten, das Veranschlagte, sind behauptet worden. Die auf die lange Bank geschoben werden. Die „Tägliche Rundschau“ erklärt hierzu zwar, daß die Regierung eine entscheidende Erklärung in dem Sinne abgeben wird, daß sie die jetzt fortfallenden Ausgaben in der Gestalt eines Nachtragsetats für 1927 anfordern wird und zwar selbst auf die Gefahr hin, daß eine förmliche Deklana dafür nicht vorhanden sein sollte. Aber was hat die Bürgerblockregierung nicht schon alles erklärt. — Und was hat sie gehalten?

Kein Aufwertungs-Volksbegehren

Berlin, 21. März. Der Reichsinnenminister hat auf Beschluss der Reichsregierung den von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-Geschädigten- und Mietersorganisationen gestellten Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zum ersten Mal abgelehnt. Nach der Reichsverfassung kann über Volksbegehren nur der Reichspräsident einen Volksentscheid veranlassen. Damit ist auch ein Volksbegehren für Abgabe eines Beschlusses ausgeschlossen.

Diejenigen Volksteile, die sich bei den Wahlen von den Deutschnationalen auf Grund deren Versprechungen in der Aufwertungsfrage als Stimmvieh haben benutzen lassen, werden sich über diese Nachricht wohl nicht sehr freuen.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg im Burgenland

Wien, 21. März. (Eig. Draht.) Am Sonntag fanden im Burgenland die Gemeindevahlen statt, denen angesichts der bevorstehenden Wahlen des Nationalrats eine besondere Bedeutung zukommt, zumal das Burgenland seiner großen Mehrheit nach von Kleinbauern bewohnt ist. Bis her haben die Sozialdemokraten einen großen Erfolg zu verzeichnen. In den beiden größten Städten des Burgenlandes, der Hauptstadt Eisenstadt und in Sauerbrunn, wo bisher Bürgerliche und Sozialdemokraten gleichstünden, haben die Sozialdemokraten die Mehrheit erobert. In den kleineren Städten und Dörfern haben sie ebenfalls überall an Stimmen gewonnen, vielfach sogar ihre Stimmzahl verdoppelt. Außer zahlreichen kleinen Gemeinden, wo die Sozialdemokraten bisher schon die Mehrheit hatten und daher den Bürgermeister stellten, sind noch mehrere neue Gemeinden erobert worden, jedoch nach den bisherigen Feststellungen acht neue sozialdemokratische Bürgermeister in Frage kommen. Besonders erfreulich ist der sozialdemokratische Sieg in den Gemeinden Pörsbach und Hattendorf, wo vor einiger Zeit der bekannte Frontkämpferüberfall auf den Schubund stattfand. Auch in Pörsbach wird künftig ein sozialdemokratischer Bürgermeister sein, während in Hattendorf, wo die Sozialdemokraten schon bisher den Bürgermeister stellten, die Wähler der Sozialdemokraten mehr als 100 neue Stimmen abgegeben haben. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich groß, sie schwankt zwischen 90 und 95 Prozent.

Wien, 22. März. (Funkdienst.) Die endgültigen Wahlergebnisse im Burgenland stellen sich für die Sozialdemokratie auf 47 702, für die Bürgerlichen Parteien auf 70 933 Stimmen. Die Sozialdemokraten haben bei den letzten Wahlen 12 Prozent gewonnen. Die Sozialdemokratie stellt nach dem neuen Wahlergebnis in 64 Gemeinden den Bürgermeister, statt in 45 bei den letzten Wahlen.

Rundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold

Freiburg, 19. März. Zu einer eindrucksvollen Demonstration schickte sich heute abend die republikanische Rundgebung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in der städtischen Festhalle. Mehrere tausend Besucher füllten den Raum, um den Worten des Reichstagsabgeordneten Dr. Haas und des Reichsbannerführers Dr. Wirth zu lauschen. „Wir benötigen das Reichsbanner“, so führte Dr. Haas aus, „um die Staatsfreiheit der rechtsgerichteten Organisationen wie „Stahlhelm“ usw. im Reine zu erlösen“. Das Verbotnis zur Revolution im Reine gehört auch zu den Aufgaben des Reichsbanners. Wenn die jetzige Regierungskolonisation da und dort Zustimmung erzeugt habe, so möge man doch nicht vergessen, daß eine Regierungskolonisation vorübergehend sei, über ihr stünde der einigende Gedanke an die republikanische Staatsform. Dr. Wirth kam auf seine abendliche Haltung zur neuen Reichsregierung zu sprechen. Er betonte, es sei ihm eine innere Unmöglichkeit gewesen, für eine Regierung zu stimmen, die den wichtigen Posten des Innenministers mit einem Gegner der Republik, mit Herrn v. Reubell, besetzt habe. Dr. Wirth fuhr fort, das Reichsbanner könne für sich in Anspruch nehmen, nicht nur die Republik gestützt, sondern auch an der Verbesserung mit anderen Staaten erfolgreich mitgearbeitet zu haben. Die Vereinigung Deutschlands in weltpolitische Abenteuer müsse das Reichsbanner ablehnen, eine der nächsten Aufgaben desselben müßte die Vertreibung der reaktionären Parteien aus den Ministerien sein. — Nach Beendigung der Ansprachen zogen die Mitglieder des Reichsbanners zum Friedrich-Ebert-Platz, wo sich der Zug auflöste.

Vom Kriegsschauplatz in China Schanghai gefallen?

Schanghai, 21. März. Die Sibirer sind in die chinesische Stadt von Schanghai eingedrungen. Der Kommandeur der Sibirertruppen in Schanghai hat sich in die französische Konzession geflüchtet. Die Sibirertruppen haben sich an 15. März nordwärts von Tientsin entfernt und dadurch die Eisenbahnlinie Schanghai-Tientsin abgeschnitten. — Der Generalkrieg hat begonnen.

Schanghai, 21. März. Soeben wurde in Schanghai der Weltkriegsbeginn erklärt. Es sind noch leichte Kämpfe zwischen japanischen und sibirischen Truppen statt. Innerhalb der Niederlassungen wurde eine Anzahl radikaler Propagandisten verhaftet. Am Generalkrieg beteiligen sich jetzt 100 000 Mann.

London, 22. März. (Funkdienst.) Am Montag nachmittags sind in Schanghai neue englische Truppen entsandt worden. Auf Grund der hier vorliegenden Meldungen ist anzunehmen, daß die Sibirerarmee völlig Herr der Lage ist. Reuter meldet, daß eine in der Nähe von Schanghai stehende, etwa 10 000 Mann starke Truppe der Nordarmee zu den Kanonieren übergegangen ist.

Schandaten der Soldateska

Schanghai, 22. März. (Reuter.) In der chinesischen Stadt leben ungefähr 150 000 Mann der Kantontuppen plündernd umher. Es soll eine wahre Schreckensherrschaft bestehen. Die Räumung Kantons durch ausländische Truppen und Kinder hat bei Tagesanbruch begonnen.

Deutscher Reichstag

Berlin, 21. März. (Eig. Draht.) Der Reichstag beendete am Montag die

zweite Beratung des Reichsinnenetats.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rosenfeld brachte eine haarträubende Landesverrats-Untersuchung vor, um den Reichsinnenminister wegen Einreisen von ausländischen Journalisten Untersuchung wegen Landesverrats einleitet worden, weil er, der im Nachrichtenamt zweier außerdeutscher Länder tätig ist, etwas veröffentlicht hat, wo auf den betreffenden Schriftstücken auch ein deutscher, rein technischer Kofferwort gestanden hat. Der Minister äußerte sich zu diesem Falle nicht.

Im Mittelpunkt einer Rede des deutschvolksparteilichen Abgeordneten Mittelmann stand die kleinliche Beschwörung, daß eine Berliner Schulaula für eine anarchistische Versammlung hergegeben worden sei. Im übrigen Klage der Volksparteier über die Politisierung der preussischen Schulpolitik. Auch die Technische Hochschule soll einseitig beibehalten werden. Gegenüber dem Volksparteier Mittelmann nahm der Demokrat Kemmer den preussischen Innenminister in Schutz. Dieser Demokrat sprach sich auch sehr entschieden gegen die Rückkehr Wilhelm II. aus.

Der Reichsminister des Innern v. Reubell zeigte sich am Montag wieder als williger Vollstrecker deutschnationaler Wünsche. Wegen der lächerlichen Interpellation, die „militärischen Leistungen des Reichsbanners“ betreffend, gab er die Erklärung ab, daß bei Wiederholungen dazugegen eingeschritten werden sollte. Er sprach dann einige lobende Worte für das Reichsministerium für öffentliche Ordnung und für die Beibehaltung der Technischen Hochschule, von der er allerdings hofft, daß sie im wesentlichen nur noch bei Naturereignissen eingesetzt zu werden braucht.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Schmidt-Röbenig erwiderte dem Minister und begründete die sozialdemokratischen Anträge auf Beilegung der Technischen Hochschule und auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten vom Jahre 1920 über Streiks in lebenswichtigen Betrieben.

Nach weiteren kurzen Reden wurde die Aussprache geschlossen. Die Abstimmungen werden erst am Dienstag vorgenommen.

Das Haus trat dann in die

Beratung des Posthaushalts

ein. Der Ausschuss beantragte u. a. im neuen Fernsprecharter die Gebühr für Ortsgespräche von 10 Pf. auf 8 Pf. herabzusetzen. Reichspostminister Schädel hielt zunächst eine ganz unpolitische und nicht viele Einzelheiten eingehende Einführungsrede. Seine Ansprache gipfelte in dem Satz: Die Post solle der Wirtschaft dienen, aber die Wirtschaft müsse der Post auch das an Gebühren gewähren, was sie beibringt.

Die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Sappel war, wie es beim Postetat selbstverständlich ist, im wesentlichen mit Personalfragen, über Arbeitslohn, Beförderung, Beurlaubung und ähnlichem, ausgefüllt. Im Einzelnen spricht er die Hoffnung aus, daß die untergeordneten Stellen die Wünsche und den Willen des Ministers auch durchführen. Er behauptet, daß 2000 neue Beamtenstellen in Gruppe 4 abgelehnt worden seien, während die Länder ihre Beamten nach einer Reihe von Jahren ohne erneute Prüfung höher einstuften. Er befragt sich ferner über unzulange Dienstzeit, über die Vortotierung der amtlich eingeführten schwarz-rot-goldenen Notar- und Beamten.

Außerdem trägt er Wünsche im Rundfunkwesen und regte die Ermäßigung der Rundfunkgebühr an.

Der deutschnationale Brunn befaßte sich über mangelnde Postaufstellung auf dem Lande, wozu auch der Sozialdemokrat Sappel schon gesprochen hatte. Der Zentrumsmann Miesotte rühmte den Sparsinn der Post und regte Erhöhung der Gebühr im Postzeitungs-, Postschied- und Telegrammverkehr an. Der Deutschvolksparteier Mosath wünschte einen Beginn mit Postparlamenten.

Im Erwiderung des Reichspostministers. Er sei kein grundsätzlicher Gegner der Postparlamenten, die namentlich in kleinen und kleinsten Orten wertvolle Sammelstätten betreiben könnten, jedoch scheint er einflusslose keinen rechten Glauben an die Einführung zu haben. Was das Programm des Rundfunks anlangt, so habe er auf dessen Zusammenstellung keinen nennenswerten Einfluss. Den Klagen über unzulässige Behandlung des Personalvertrages erwiderte er, daß die Reichspostminister sehr leise und undeutlich sprach, wurde er nur sehr wenig verstanden. Das Haus forderte bei zwei politischen Erklärungen des Ministers auf: 1. betonte er, der politischen Betätigung seiner Beamten außerhalb des Dienstes nicht nachspüren zu wollen, es sei ihm gleich, ob sich jemand rot oder schwarz betätige; 2. sagte er, daß der Verwalter des Reichspostministeriums natürlich nicht auszufolge, doch bei genügender Lebhaftigkeit der Republikaner auch der Verwaltungsrat der Post zu einer anderen Meinung zu bringen ist.

Im Verlauf der Sitzung ergreift der Reichspostminister noch einmal das Wort, um zu betonen, daß der 10 Pfennig-Brief nicht mehr den Leistungen der Post entspreche. Kein Land der Welt leiste sich den Luxus eines derartig billigen Briefes. Ob und in welchem Maße Tarifierhebungen nötig seien, bittet der Minister ihm zu überlassen. Wenn der Reichstag den 8-Pfennig-Briefposttarif beschließen, werde dem Verwaltungsrat ein entsprechender Antrag unterbreitet werden.

Nach längerer Aussprache wird dann der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei und des Rechnungshofes.

Gegen 10 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Auswärtigen Amtes.

Im Steueraussschuß des Reichstages begann am Montag die Einzelberatung des Finanzausgleichs. Sie endete mit der Annahme der Anträge der Regierungsparteien und der Ablehnung aller Anträge der Opposition. Infolge dessen wurde die Verlängerung des provisorischen Finanzausgleichs um zwei Jahre beschlossen. Die erhöhten Ueberweisungen sollen zur Senkung der Realsteuer durch die Länder und Gemeinden verwendet werden. Auch werden die Gemeindefiskale von 2 Prozent bei der Grundsteuersteuer, die an Stelle einer Vermögensteuer zu erheben sind, entsprechend dem Vorschlag der Reichsregierung befristet.

Eine längere Debatte rief der Antrag der Streichung des § 35 des Finanzausgleichs hervor. Diese Bestimmung garantiert den Kreisgemeinden über den Zuschlag des Reiches, wenn der Ertrag ihrer Einkommensteuer um 20 Prozent hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibt. Staatssekretär Koch teilte mit, daß im Rechnungsjahr 1926 insgesamt 7,6 Millionen Zuschüsse an die Länder geleistet worden sind, und zwar an Mecklenburg-Schwerin 4,8, Anhalt 0,1, Mecklenburg 0,7, Württemberg 0,4, Schaumburg-Lippe 0,2 und Lippe 1,4 Millionen Mark. Die Zuschüsse im Rechnungsjahr 1927 betragen auf 14 bis 15 Millionen gekürzt. Davon entfallen auf Mecklenburg-Schwerin 4,5, Mecklenburg-Strelitz 0,9, Württemberg 0,7, Schaumburg-Lippe 1,2, Württemberg 2 und Bayern 3 Millionen. Aber selbst die Zahlen, die die Unbilligkeit dieses Zustandes scharf beleuchten, veranlassen die Mehrheit nicht zur Streichung des § 35. Ein entsprechender Antrag der Demokraten wurde von Regierungsparteien abgelehnt.

Fememordprozeß Wilms

(Mittler Tag.)

Vernehmung der Reichswehroffiziere.

Berlin, 19. März. (Eig. Bericht.) Oberst v. Bok bezeugte als Zeuge: Die Arbeitskommandos seien gebildet worden, um Waffen und Gerät auf dem Lande zu sammeln und inskanduzieren. Zu ihrer Leitung seien Major Sauerhahn und Oberleutnant Schulz vom Wehrkreiskommando angeordnet worden. Sie waren als Anzeigeführer gebunden an die Stellung des Oberleutnants Feld vom Wehrkreiskommando III. Sie waren zu Verfügung gestellt, verhaftet, aber das sei eine prozedurmäßige Sache gewesen, da keine Disziplinargewalt vorhanden war. In schweren Fällen sei nur die Entlassung übrig geblieben. In einem Frage- und Antwortspiel zwischen Zeugen und Vorstehenden erklärt Oberst v. Bok, daß nur aesehliche Mittel in Frage gekommen seien. Von ungesetzmäßigen Mitteln will er nichts gewußt haben. Er habe sich gedacht, daß wohl mal einer ein paar hinter die Ohren bekomme, von anderen Vorkommnissen habe er aber nie gehört, vor allem nicht von schweren Mißhandlungen oder gar von Tötungen. Natürlich erklärt auch Hauptmann Reiner, der zwei Tage vorher verhaftet hatte, daß gegenüber Landesverrat jedes Mittel erlaubt gewesen sei, namentlich, er habe natürlich nur aesehliche Mittel gemeint. Darauf aufmerksam gemacht, daß er die Antwort gegebenenfalls verweigern könne und unter Eid auszusagen, verweigerte Hauptmann Reiner weiterhin, nie mit Buchruder oder Schulz sich über ungesetzmäßige Mittel besprochen und nichts von Tötungen gewußt zu haben.

Die Verteidigung machte dann den Versuch, dem Zeugen Köpfe einen Meineid an den Hals zu hängen. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Hildebrandt befragte Köpfe noch einmal, daß ihm Zubrann auf dem Rajenenhof in Rathenow wenige Tage nach der Tat seine Beteiligung an dem Mord an Wilms eingestanden habe. „Köpfe hat sich eines Meineids schuldig gemacht, behauptete Rechtsanwalt Hildebrandt, der umlo niederrichterlicher ist, als es sich um das Leben eines Menschen handelt. Als Beweis wollte er ein Arbeitsbuch vorlegen, aus dem sich erahle, daß Köpfe in der Zeit des Mordes jede Woche auf einem medienburaulichen Gut voll gearbeitet hat. Köpfe läßt jedoch mit der Aufklärung nicht warten: Das Arbeitsbuch hat er selbst gelüchert, selbstverständlich jede Woche auf dem Gute seinen vollen Lohn bezogen, auch wenn er, wie das öfters vorkam, in Rathenow und sonstwie abwesend war. Der Gutsherr mußte davon überhaupt nichts.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung suchte die Verteidigung von dem Zeugen Bok die Bestätigung zu erhalten, daß die Schwarze Reichswehr sich als regelrechte Truppe fühlten

mußte, weil sie Uniform trug, ihr Truppenausweise ausgestellt wurden, der Dienst und die Verpflegung genau dieselbe waren und auch die Manneszucht wie bei der aktiven Truppe gehandhabt wurde. Die Verteidigung beruft sich vor allem auch auf einen Fall, wo ein Feldwebel der Schwarzen Reichswehr sogar ein Heiratstatens der Reichswehr haben mußte. Als Rechtsanwalt Bloch einen solchen Heiratstatens vorlegte, der aus Potsdam vom Dezember 1923 stammt, meinte Hauptmann Reiner: „Im Dezember 1923 gab es ja überhaupt keine Arbeitskommandos mehr.“ Aber der einseitige wörtliche Rechtsanwalt meinte ironisch lächelnd: „Ja, Herr Hauptmann, darüber wollen wir uns doch lieber nicht in öffentlicher Sitzung unterhalten; vielleicht nicht bei Ihnen, aber anderswo.“

Oberst v. Bok muß dann der Verteidigung bestätigen, daß er in einem Verfahren gegen die meutenden Kürtiner Mannschaften bekannt hat, diese hätten auf militärischen Befehl gehandelt, dem sie Folge leisten mußten, als sie auf Befehl eines Leutnants mit ihren Gewehren die Türen der Kommandantur Kürtin eingeschlagen haben und mit dem Gewehr in Richtung dem Oberst Gubonius gegenübergetreten sind. Auf Grund dieser Aussage des Obersten v. Bok wurden die meutenden Leute abermals freigesprochen. Dem Vorstehenden erklärt A. A. Bloch, fomet zu geben in seiner Behauptung, daß die Leute der Arbeitskommandos auf Befehl auch einen Menschen um die Ecke zu bringen hätten. Das Reichsgericht habe sich ausdrücklich auf den Standpunkt gestellt, daß der einzelne Mann nicht zu prüfen habe, ob durch einen Befehl die Tötung eines Menschen beabsichtigt sein könne.

Vernommen wurde darauf als Sachverständiger Oberleutnant v. Hammerstein, der gegenüber einer Frage der Verteidigung versichert, einen schriftlichen Befehl, daß Schwärzer ungesetzmäßig zu machen seien, nicht zu kennen. Auch die übrigen Reichswehroffiziere gaben dieselbe Erklärung ab. Im Verlauf der weiteren Verhandlung bezeugte dann der Zeuge Schmidt-Dalichg, Amboer habe erzählt, sie hätten den Wilms mehrfach bis zur Bewusstlosigkeit verprügelt und schließlich in die Havel geworfen. Bei den Geheimbünden habe schon immer eine Feme bestanden, sie sei auch bei der Schwarzen Reichswehr geübt worden. Er selbst sei 1923 als Mitglied der Organisation Consul zur Schwarzen Reichswehr nach Berlin gekommen, um die Pläne gegen Severing fortzuführen. Die D. C. habe Severing befehlen wollen. Oberleutnant Panwitz habe ihm gesagt: Ihr habt in der D. C. die Feme paragrafen, wir in der Schwarzen Reichswehr üben sie praktisch aus.

Jugendbewegung

Veranstaltungen der Arbeiterjugend

An die Eltern unserer Mädels und Jungen!

Die S.M.J. Karlsruhe veranstaltet vom 2.-9. April eine Werkschule. Das ist viel, sehr viel Arbeit notwendig. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß die Zahl unserer Abende vermehrt werden müssen und daß vielleicht auch mal statt vor 10 Uhr nach 10 Uhr Schluss ist. Wir bitten deshalb die Eltern, im eintretenden Falle etwas auszugeben. Wir glauben ja, daß auch sie alle Interesse und Freude an der Arbeiterjugend haben und uns zum Erfolg mitverhelfen in diesem Sinne. Drei Heil!

Groß-Karlsruhe. Mittwoch, 1/8 Uhr, Volkstanzkursus in der Karl-Wilhelm-Schule. Montag, Probe zum Sprech- und Bewegungsspiel in der Sebeltschule.

Gruppe Ost und Süd. Donnerstag abend, pünktlich 1/8 Uhr, Sing- und Jugendspielprobe in der Sebeltschule.

Gruppe Daglanden. Heute abend 8 Uhr Vortrag in der Süte: „Die Bedeutung des 1. Mai“.

Sungsklassen. Am Dienstag, den 29. März, beginnt der Kursus (Sprechproblem, geleitet von Gen. Dr. Kahn) für Mädchen, besonders auch die Mädchen der S.M.J., sind dazu eingeladen. Der Kursus ist gedacht: 1. Abend für Mädchen, 2. Abend für Jungen und die folgenden Abende gemeinsam.

Sos. Kinderheim. Mittwoch: Spielnachmittag. Treffpunkt 4 Uhr im Waldheim. Freitag mitbringen (30 Pf.). Sonntag: Kein Ausflug, dafür ein Morgenpostergang. Voranmeldung: Am 9. und 10. April geben wir nach Pforzheim zu einem großen Kinderfest. Für Unterkunft ist gesorgt. Sonntag: 1.40 M. Diejenigen, die mitgehen, müssen am Mittwoch erscheinen.

Küpper. Donnerstag abend 1/8 Uhr: Treffpunkt im Schulhaus. Samstag, abend pünktlich 8 Uhr: Treffpunkt bei Camill. Montag, 2. d. Mts.: Sprech- und Rechenabend im Kindergarten. Jugendgenosseninnen und Jugendgenossen erscheinen pünktlich.

Durlach. Dienstag, 22. März, Arbeitsabend. Mittwoch, 23. März, Reigenprobe, Treffen am Schloßgarten um 8 Uhr. Samstag, 26. März, Theaterprobe. — Jungsozialisten. Freitag, 25. März, Versammlung bei Gen. Stiegeler 8 Uhr.

Durlach-Nue. Mittwoch, 23. März, abends 7 Uhr im Volkshaus Arbeitsgemeinschaft über Jugendbewegung.

Sos. Kinderheim. Durlach-Nue. Dienstag, den 22. März, abends 6 Uhr, im Volkshaus Fastabend.

Gröningen. Donnerstag, 24. März, abends 8 Uhr Übungsabend. Freitag, 25. März, Theaterprobe. Sonntag, 26. März, Näheres am Donnerstag.

Elternabend der S.M.J. Gröningen

Am letzten Donnerstag hatte die sozialistische Arbeiterjugend zu einem Elternabend eingeladen, wozu bedauerlicherweise nur ein Teil der Einladung gefolgt sind. Aber Jugend läßt sich nicht unterkriegen, und in frischer froher Weise hat sie den dort Anwesenden gesagt, was sie für Ziele verfolgt. Man durfte einige Stunden des Alltags verzeihen, wenn man den Mädchen und Jungen an ihrem bunten Treiben zusah. Mit einem Vorwort „Jugend“ wurde der Abend eröffnet. Sodann sang ein kleiner Sängerkreis in sehr feiner Weise das Kampflied: „Seht unsere Bahnen in dem Wind“. In kurzer Zeit des Bestehens hat sich eine ganz schöne Singgemeinschaft aufammengefunden und es war eine Freude, diesen von Begeisterung getragenen Viede zu lauschen. Einige Genossen musizierten. Hierauf sprach ein Genosse über den Zweck des „Elternabends“. Er hob besonders hervor, daß das Verhältnis zwischen Elternhaus und Jugend ein immer ungetrübtes sein soll und daß es nur mit gegenseitigem Verständnis möglich ist, vorwärts zu kommen. In diesem Sinne wünscht er sich auch die Arbeit in Zukunft. Nach dieser Ansprache kam ein Dichter zu Wort mit einem Sonnet für den Alten, in dem noch Jugend alübt. Nun wurde der erstere Teil des Abends geschlossen. In bunter Reihenfolge hörten wir ein „Bachantentied“ sowie einige Lieder zur Laute, die eine Genossin vortrug. Auch einige Volkstänze setzten uns die Jugend aus ihrem reichen Schatzkästlein, die allgemeine Freude erweckten. Auch sonst fehlte der Jugend der Sinn für Fröhlichkeit nicht und einige gelungene Karikaturen bewiesen den unermüdeten Humor unserer Jugendgenossen. Nur allzu bald wurde der Abend mit einem Wiederholungsabend des Jugendchor geschlossen. Ein Genosse wies dann noch auf die Jugendfeier hin, die am 24. April in der Gemeindehalle stattfindet und appellierte, für die Ideen der sozialistischen Arbeiterjugend zu werden. Es sind hier am Ort noch viele, die für die Organisation Interesse haben, nur müssen dieselben auf die Arbeiterjugend aufmerksam gemacht werden, und dazu wollen wir alle zusammenhelfen. Sch.

Aus der Partei

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Badens
Am Sonntag, den 10. April d. J., findet in Karlsruhe die diesjährige Landesversammlung der A.S.L.G. statt. Nach 8 1/2 Tagen Disziplinarstatus sind sämtliche Mitglieder berechtigt, zur Landesversammlung Anträge einzubringen. Diese Anträge müssen spätestens drei Wochen vor der Tagung (also am 19. März) beim Landesvorstand (Karlsruhe, Solfenstraße 169) eintreffen.
Die parteigenösslichen Kollegen werden dementsprechend gebeten, evtl. Anträge rechtzeitig einzureichen und vor allem den 10. April zur Teilnahme an der Tagung frei zu halten. — Das nähere Programm der Tagung wird noch in der Parteipresse veröffentlicht. R. G. Saebler.

Aus dem Freistaat Baden Tagung des Landesverbandes Baden der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft

Freiburg, 20. März. In Deutschland fallen alljährlich 5000 bis 6000 Menschen dem Tode des Ertrinkens beim Baden in den freien Gewässern zum Opfer. Diesem beklagenswerten Zustand abzuhelfen ist das Hauptziel der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, indem sie nach Möglichkeit die Anlegung gesicherter Badesäbe zu fördern sucht und außerdem die Ausbildung von Rettungsschwimmern an allen Plätzen anstrebt. In diesem edlen Bestreben wird sie unterstützt durch den deutschen Schwimmverband, die Turnerschaft und durch die Arbeiter-Sportverbände.
Der Landesverband Baden der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft hielt nun am 19. und 20. März seine Landesversammlung (die 2. seit der Gründung) in dem Festsaal der Mädchenrealschule in Freiburg ab. Zu derselben waren erschienen als Vertreter des Landesamtsleiters Herr Landrat Heß, für die Stadt Freiburg die Herren Stadtphysikus Dr. Pfleger und Bademeister Steinle, ferner

Zur Arbeitszeit-, Lohn- und Gehaltsbewegung der Eisenbahner

Be. Die Karlsruher Ortsgruppe des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands“ befahte sich am 19. März in einer überaus stark besuchten Versammlung, die im „Ziegleraal“ stattfand, mit den Reichsbahnhauptversammlungen einigereichen Forderungen auf Wiedereröffnung des Achtstundentages und allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die Verhandlungen der einschlägigen Bestimmungen des Reichslohntariffes sind zum 31. März erfolgt. Die Verhandlungen sollen in der Woche nach dem 20. März beginnen. Die in den Reichsbahnbetrieben allgemehr und soweit die in Karlsruhe vorhandenen Reichsbahnstellen in Frage kommen, im besonderen die im Ausbesserungswerk (Hauptwerkstätte) durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen, ersetzten in letzter Zeit soziale Erbitterung und Mismut, daß sich die drückende Verhandlung veranlaßt sah, in mehreren großen Versammlungen die Öffentlichkeit auf die nur zu berechtigten Klagen der beteiligten Arbeiterklasse hinzuweisen. Der badiische Landtag und die Staatsregierung mühten ebenfalls in Anspruch genommen werden; beide Stellen haben sich auch, wie anerkannt werden soll, einmütig und entschieden auszusprechen. Der für einmütig Wert angeklagte große Abbau wurde erzielbarer, welche nur in beschränktem Umfang durchgeführt. Eine auf die Dauer wirkende Verabstimmung wird jedoch erst dann möglich sein, wenn eine wesentliche Entlastung der Arbeitskraft durch die geordnete Verführung der Arbeitszeit, Wiedereröffnung des freien Samstagmittags usw. erfolgt. In der Versammlung selbst, die sich allseits mit den unendlich gemordeten Zuständen bei der Reichsbahn beschäftigte, referierte das Vorstandsmittglied Breunig a. Berlin.

Rechner verstand es in sachlicher aber bestimmter Form die wesentlichen Momente der hart umkämpften Arbeitszeitfrage herauszufinden und lieferte eine Fülle stichhaltigen Materials zur Begründung der unbedingt notwendigen Verkürzung der Arbeitszeit und einer durchgreifenden Änderung der Dienstverhältnisse. Besonders drücklich mußten seine statistischen Vergleiche wirken, die sich auf die zunehmenden Betriebsunfälle und den hohen Krankenstand beziehen. Die Krankensiffer hat sich gegen 1913 um 110 Proz. gesteigert. In der Privatindustrie liegen die Verhältnisse besser. Dort beträgt nach der Statistik der Ortskrankenkassen der Krankenstand für Januar im Reichsdurchschnitt 3,8 Proz., bei der Reichsbahn dagegen 5,85 Proz. Wechnlich verhält es sich mit den Betriebsunfällen, die sich um 40 Proz. gesteigert haben. Rechner verbreitete sich im folgenden über das von der Gewerkschaften aller Richtungen geforderte Arbeitszeitnotwendigkeit, das von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag eingebracht worden ist. Bedauerlich sei, daß die christliche Richtung, der Deutsche Gewerkschaftsbund, angeblich aus Zweckmäßigkeitsgründen ein weiteres einheitliches Vorgehen verhindert. Diese Einstellung machte sich auch in der ausschlägigen „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ bemerkbar, wofür verschiedene tatsächliche Vorgänge sprechen, die später noch näher beleuchtet werden müßten. Der Arbeiterchulosekretariat muß eine grundlegende Änderung erfahren; die vorangehende Arbeitszeitregelung ist für die Reichsbahnbetreiber unannehmbar. Wie unangenehm die Arbeitszeitregelung in den Reichsbahnbetrieben z. B. ist, ergibt sich aus den Bestimmungen der Reichsbahnverwaltung, wonach 96,21 Prozent des Eisenbahnpersonals über 48 Stunden in der Woche und nur 3,66 durchschnittlich 8 Stunden im Tage arbeiten. In den privaten gewerblichen Betrieben dagegen arbeiten 47,05 Proz. 48 Stunden und darunter. Schichtzeiten bis zu 96 Stunden in der Woche bilden im Betriebs- und Verkehrsdienst keine Seltenheit.
Diese ungeheure Ausnutzung der Arbeitskraft in Verbindung

gebracht mit den durchweg ungenügenden Löhnen und Gehältern, erklären ohne weiteres das Verlangen auf eine durchgreifende Verbesserung der Einkommensverhältnisse. Rechner schloß die Verhandlungen unterstellten Arbeiter und Hilfsbeamten bzw. Beamtenanwärter, wie auch der reinen Gehaltsempfänger. Die von der G.C.E. wiederholt und auch jetzt wieder in den Vordergrund gerückte Dienstaltersfrage für Lohnempfänger kann solange nicht befürwortet werden, als sich die Reichsbahnverwaltung weigert, die Zulage auf dem allgemeinen Lohnniveau aufzubauen. — Mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit, den Einheitsverband, die führende und in der Aufwärtsbewegung stehende Eisenbahnergewerkschaft noch weiter auszubauen und ihr neue Kämpfer zuzuführen, schloß der Rechner unter starkem Beifall seine vortrefflichen Ausführungen.

Von der sich anschließenden Diskussion wurde sehr rege Gebrauch gemacht und die Ausführungen des Rechners fröhlich unterstrichen. Es wurde deutlich hervorgehoben, daß das Personal am Ende seiner Kraft ungenutzt und dem Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft endlich eine Grenze gesetzt werden muß. Notwendig ist auch die gedankliche Vertiefung in die verschiedensten volkswirtschaftlichen Probleme. Die Rationalisierung müsse zur Hebung der Kaufkraft und Verbesserung des Zinlands mitzuführen. Bezirkssekretär Heine ging noch besonders auf die aktuellsten Beamtenfragen ein und betonte die Notwendigkeit einer starken Einheitsorganisation der Lohn- und Gehaltsbewegung.

Die in jeder Hinsicht vorzüglich verlaufene Versammlung fand mit der einstimmigen Annahme folgender Entschlüsse ihren Abschluß:

„Die vom Einheitsverband, Ortsgruppe Karlsruhe, auf den 19. März in den „Ziegleraal“ einberufene äußerst zahlreich besuchte Versammlung stellt sich geschlossen hinter die Forderungen auf Wiedereröffnung des Achtstundentages und allgemeine ausreichende Erhöhung der Löhne und Gehälter.“

Durch die Rationalisierungsmaßnahmen der Reichsbahn, die nachweislich durchweg erhöhte Leistungen, Verabreichung des Personalstandes, Vermehrung der Betriebsunfälle sowie eine allgemein auffallende Verschlechterung des Gesundheitszustandes zur Folge hatte, wurde das Personal einer derart schweren Belastungsprobe ausgesetzt, daß der einträgliche Zustand nicht mehr länger ertragen werden kann. Es muß deshalb auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Reichsbahnverwaltung und Gewerkschaft die feinerste und unter wesentlich anderen Voraussetzungen eingeführte 8-Arbeitsstunde aufgehoben und die Dienstverhältnisse entsprechend revidiert werden.

Die Versammlung erhebt gleichzeitig entschiedenen Protest gegen jedwede Ausnahmebestimmung der Reichsbahnbetriebe, insbesondere gegen die im Arbeitszeitgesetzentwurf des Reichsarbeitsministeriums für die Reichsbahn vorgesehene Sonderstellung, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den vorausgesetzten international getroffenen Vereinbarungen. Grundsätzlich wird gefordert, daß auch die Beamten und Beamtenanwärter der gesetzlichen Regelung unterstellt werden.

In der Lohn- und Gehaltsfrage fordert die Versammlung die bestimmte Erhaltung aus, daß es bei den bevorstehenden Verhandlungen gelingen wird, eine Regelung zu treffen, die den gesteigerten Lebenshaltungskosten entspricht und in Aussicht gestellten erhöhten Wohnausgaben entspricht.
Som Personal selbst wird erwartet, daß es entgegen der von der Leitung der „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“ eingenommenen Stellung sein ganzes Verhalten darauf einrichtet, den vorbestimmten, gemeinsam aufgestellten Forderungen zum Siege zu verhelfen.“

Laguna geschlossen wurde. — Die nächstjährige Hauptversammlung findet in Pforzheim statt.

Der Südwestdeutsche Kanalverein und der Redartanal

Der Südwestdeutsche Kanalverein hat, veranlaßt durch die in letzter Zeit von verschiedenen Seiten erneut einsetzenden Angriffen gegen die Wassertröhenpolitik des Reichs, am 4. März in einer Sitzung des Vorstandes und großen Ausschusses im Gutshaus des Reichsbahnhofs folgende Entschlüsse angenommen: „Vorstand und Ausschuss des Südwestdeutschen Kanalvereins fordern in dem Streit um die Wassertröhenpolitik des Reichs, daß, wie bisher, alle neuen Kanalpläne vor ihrer Inangriffnahme einer scharfen Prüfung auf ihre Wirtschaftlichkeit unterzogen werden, daß aber Wassertröhen, die — wie der Redartanal — schon in der Ausführung begriffen sind und deren Wirtschaftlichkeit auch unter den heutigen Verhältnissen wiederholt nachgewiesen ist, beschleunigt werden, damit sie sobald als möglich dem deutschen Binnenwirtschaftsverkehr und der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Im Hinblick auf die Wichtigkeit der Redartanal, daß anstelle des nichtbelegten Goggenaukanals ein Kanalbau und Binnenverkehr eine einheitliche Verkehrsverhältnisse unter wechselseitiger Ergänzung von Eisenbahn und Binnenverkehr durchgeführt wird.“

Revoltdshafen. Wie in anderen Orten, so fand auch hier am Volksraueritag eine Gedächtnisfeier statt. Der Gelangverein brachte in der Kirche unter Leitung des Herrn Dirigenten Harlan zwei Lieder zum Vortrag. Die eigentliche Feier sollte gemeinsam unter Beteiligung aller hiesigen Vereine stattfinden, welche Absicht aber durch den Kriegseinsatz vereitelt wurde, der es vorsorg, allein auf dem Friedhof den Kranz für die Gefallenen niederzulegen. An Stelle des erkrankten 1. Vorstandes hielt der 2. Vorstand die Gedächtnisrede, der aber bei den ersten paar Worten schon Heden blieb und nur unter Zustimmung von einem Mann Papier wieder weiter machen konnte. Das hätte der Vorsitzende, der von der Allgemeinheit bestimmt war, auch fertig gebracht. Man kennt allerdings die Gröhter des Militärvereins. Zu behauern ist, daß sich selbst noch Republikaner, ja Sozialisten und Funktionäre am Militärvereins-Klimbim beteiligten!

Die Antifraße Hamburg-Frankfurt-Basel. Die Arbeiter der Proletkategorie sind immer noch besorgt, daß auf den bekannten einzelnen Abschnitten seitens der Berufsleiter Fühlung mit den Städten und Gemeinden genommen wird, in deren Nähe die Straße vorbeiführt. Das Interesse weiter abliegenden Länder und Großstädte weist sich immer mehr. So ist, nachdem die Stadt Mainz bereits Mitglied geworden war, die Provinz Rheinbesen unter Führung des Provinzialdirektors Gen. Rat Dr. Winaer ebenfalls dem Verein beigetreten.

Die 24-Stundenzeit bei der Reichsbahn. Mit dem nächsten Tage wurden die Biffertblätter der Wren auf den Bahnhöfen gemäß der neuen Beistellung der Bahn von 12 auf 24 Stunden umändert. Die Biffert von 12 bis 24 sind mit roter Farbe in einem kleineren Kreis angebracht.



Geringe Leistungen des platten Landes für die Gebäudesondersteuer

In unserem Haushaltsausführungsbericht über die Sitzung vom 8. März, in welcher die Wohnungsdenkschrift des Ministeriums des Innern beraten wurde, haben wir bereits an der Hand einiger Zahlen darauf aufmerksam gemacht, daß fast die ganze Last der Gebäudesondersteuer von den Städten getragen wird. Ein Umstand, auf den die Sozialdemokratie schon im Sommer vorigen Jahres bei der abermaligen Abänderung des Gesetzes hingewiesen hat, den sie aber bei den Mehrheitsverhältnissen im Landtag nicht ändern konnte.

Die nachstehenden Zahlen sind nun sprechender Beweis! Sie wurden in der fraglichen Sitzung des Haushaltsausschusses dem Abgeordneten übergeben. Wenn man auf dem Lande kein Geld zum Bauen hat, braucht man darnach sich nicht zu wundern. Man vergleiche die Wohnungsverbände und die veränderten Gemeinden und das Ergebnis auf den Kopf der Bevölkerung.

Steueraufkommen (Landesanteil der Gebäudesondersteuer für den Wohnungsverband) für das Rechnungsjahr 1926 auf den Kopf der Bevölkerung.

A. Wohnungsverbände.		B. Verbandsfreie Gemeinden.	
Wohnungsverband	pro Kopf d. Bev. RM.	Verbandsfreie Gemeinden	Steueraufkommen auf den Kopf der Bevölkerung RM.
1. Adelsheim	0,06	1. Baden-Baden	16,83
2. Bretten	1,74	2. Bruchsal	6,69
3. Bruchsal	1,03	3. Durlach	5,74
4. Buchen	0,75	4. Freiburg	11,35
5. Bühl	1,66	5. Heidelberg	9,88
6. Donaueschingen	2,24	6. Karlsruhe	9,71
7. Emmendingen	1,98	7. Konstanz	9,06
8. Engen	1,07	8. Lahr	8,91
9. Ettlingen	2,81	9. Lössen	6,69
10. Freiburg	1,66	10. Mannheim	10,05
11. Heilbronn	2,24	11. Offenburg	7,57
12. Karlsruhe	1,27	12. Pforzheim	9,52
13. Rehl	2,93	13. Rastatt	7,47
14. Rastatt	3,05	14. Sinsheim a. S.	6,81
15. Lahr	1,51	15. Wilmannsheim	5,54
16. Rastatt	3,11	16. Weinheim	5,50
17. Mannheim	2,32		
18. Rehl	1,43		
19. Mosbach	1,44		
20. Mühlheim	2,75		

A. Durchschnitt 2,01 RM.
 B. Durchschnitt 8,55 RM.
 A. Durchschnitt 2,01 RM.
 Landesdurchschnitt: rund 5,30.

Kleine badische Chronik

*** Altheim bei Buchen.** Hier starb das neun Jahre alte Kind Rosa des Landwirts Johann Seis vom Deuboden auf die Tenne und erlitt einen Schädel- und Armbruch.

*** Sulzfeld bei Eppingen.** Freitag früh brach in der Scheune eines Steinbauers in der Neubörsenstraße Feuer aus, überaus, was alles vollständig niederbrannte. Durch das rasche Eingreifen der hiesigen Löschmannschaft und der Orts-einwohner konnte einem Weitergreifen des verderblichen Elementes auf benachbarte Gebäulichkeiten Einhalt geboten werden. Es war nur noch das lebende Inventar zu retten, alles andere, selbst die Kleider, wurden ein Raub der Flammen. Man vermutet Brandstiftung. Ein der Brandstiftung verdächtiger junger Mann wurde verhaftet und nach Bretten überführt. Der verursachte Schaden ist bedeutend. Der Geschädigte ist wohl versichert, aber gegenüber dem entstandenen Schaden nur ungenügend.

*** Mühlhausen-Oberbühlungen.** Einen schweren Unfall erlitt der Stationsarbeiter Hugo Dietrich beim Ausladen eines vier Räder schweren Beistörers aus dem Güterwagen, wobei die Last ihn übermannete und der Unfalltote, Vater von sieben Kindern, unter den Beistörer zu liegen kam.

*** Wolfersingen bei Donaueschingen.** Drei schwere Fußverletzungen innerhalb kurzer Zeit in derselben Familie dürften nichts Alltägliches sein. Ein Sohn erlitt dieser Tage beim Fußballspiel eine schwere Fußverletzung. Ein anderer hatte vor kurzem ebenfalls beim Fußballspiel ein Bein gebrochen, das ein Vierteljahr zur Heilung beanspruchte. Und schließlich stieß vor einigen Monaten eine Tochter auf dem Fahrrad mit einem Auto zusammen, wobei sie einen Fuß brach.

Vermischtes

Ein verhängnisvoller Brand
 In März bei Marbach i. N. brach ein Korsett in der Firma Ludwig Zinjer, in der am Samstagabend noch Arbeiter beschäftigt waren, durch eine elektrische Explosion aus. Ein Brand, der sich mit ungeheurer Schnelligkeit ausbreitete und das ganze Anwesen bis auf den Grund zerstörte. Dabei sind zwei in der Fabrik beschäftigte Arbeiter in der Fabrik verbrannt, drei wurden leicht und einer schwer verletzt. Die Fabrikarbeiten schwer verzögert. Zum Glück konnte das Hebezeug des Brandes auf das Transformatorhaus verbracht werden, in dem große Deleorräte lagerten, sonst wären die Folgen für die benachbarten Wohnhäuser unabweisbar gewesen.

Großer Dorfbrand im Salzburgerischen
 Salzburg, 21. März. Infolge von Unvorsichtigkeit bei einer Theaterprobe brach in der Nacht vom 18. auf 19. d. Mts. in dem Gasthaus des Dorfes Garain Feuer aus, das die Kirche und acht Häuser und einige Nebengebäude einäscherte. Eine Kellerin kam in den Flammen ums Leben, ein Feuerwehrmann wurde bei den Löscharbeiten schwer verletzt. Der Sachschaden beträgt etwa 450 000 Schilling.

Bahnunfall einer Mutter
 Nach einer Blütemeldung warf in dem thüringischen Städtchen Steinbach-Hallenberg eine Arbeiterin, die an Kopfschmerzen erkrankt war, offenbar in einem Unfall geistiger Umnachtung ihre Kinder im Alter von 1 bis 4 Jahren in einen Teich und sprang dann selbst nach. Mutter und Kinder ertranken.

Dreifacher Mord
 Seuthen, 21. März. In Bistunost hat ein Bauer der wegen Mißhandlung seiner Eltern zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, in angetrunkenem Zustand seinen 75jährigen Vater und seine 60-jährige Mutter mit Äxten ermordet. Auch auf seinen Schwager, seinen Bruder und seine Schwester, die

den alten Leuten zu Hilfe eilten, gab er mehrere Revolverkugeln ab, die seinen Schwager töteten und seine beiden Geschwister schwer verletzten.

Von den Wirtschaftskämpfen

Streik in der Stuttgarter Korsettindustrie
 Stuttgart, 21. März. (Ein. Bericht.) Die Stuttgarter Korsettfabrikanten lehnten einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses ab, durch den die im Vorjahr erfolgte Lohn-erhöhung von 5 Prozent wieder ansgefallen werden sollte. Eine Firma nahm sogar noch neue Lohnkürzungen vor, sodaß die Arbeiter in den Streik traten. Die Verhandlungen verliefen bisher resultatlos. Zusatz ist daher fernzuhalten.

Schiedsspruch für die niederschlesische Metallindustrie
 Görlitz, 21. März. Für die Metallindustrie Niederschlesiens wurde am Samstag durch ein freiwilliges Abkommen ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohn-erhöhung von sieben Prozent vorsieht, außerdem im Arbeitszeitabkommen für die 49. bis 52. Stunde einen Zuschlag von 10 Proz., für die 53. und 54. Stunde einen Zuschlag von 15 Proz. gewährt.

Der Textilarbeiterstreik in Lodz beendet
 Warschau, 21. März. (Ein. Draht.) Die Lodzer Textilarbeiter haben am Montag teilweise die Arbeit wieder aufgenommen. Der Streik ist als beigelegt zu betrachten. Die Arbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, daß das Schiedsgericht den Arbeitern von der Regierung mit Gewalt aufgedrängt worden ist. Vor Samstag ist der Schiedsspruch der Regierung nicht zu erwarten.

Karlsruher Polizeibericht vom 22. März

Unfall. Ein 63 Jahre alter verw. Rentner trat gestern beim Verlassen der Küche in ein auf dem Boden des Ganges befindliches Loch und blieb mit den Hausschuhen hängen. Er fiel auf einen Koffer und trug eine Brustquetschung davon, die seine Aufnahme in das städt. Krankenhaus erforderlich machte.

Diebstahl und Unterschlagung. Ein 38 Jahre alter Dipl.-Ingenieur aus Hamburg, der nach Unterschlagung eines Personentransportwagens, sowie 5000 M. in bar und eines Koffers mit Silberbesteck, im Wert von 5 bis 6000 M. in Hamburg flüchtig geblieben war, konnte gestern hier festgenommen werden. Auf der Flucht hat er das Auto in Hannover für 1500 M. verkauft, während ihm der Koffer mit Inhalt, sowie 745 M. in bar hier abgenommen werden konnten.

Durch den Suizid eines Pferdes erlitt ein Händler aus Taubitz-Neutrau gestern abend gegen 10 Uhr vor einer Wirt-schaft der Werberstraße hier, eine Rippenquetschung und eine Verletzung in der Lebergegend, welche seine Verbringung in das städt. Krankenhaus notwendig machten.

Wasserstand des Rheins

Waltshut 225, gef. 2; Schupferinsel 119; Rehl 250, gef. 8; Maxau 420, gef. 7; Mannheim 316, gef. 10 Zentimeter.

Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Krabame Butterlin“. Von 8 bis 10.30 Uhr.
 Eintritt: Klavierabend Irma Kohnstadt. Abends 8 Uhr.
 Bad. Lichtspiele (Konzertsaal): Nordlandfabrik, mit Vortrag des Herrn Kapitän Otto Neubert. Abends 8 Uhr.
 Kammer-Vorstellungen: Der Sohn der Hagar. Neueste Emella-Wochenchau. Beiprogramm.
 Neudens-Lichtspiele: „Als ich wiederkam“. — Die alte Unter-Flussstadt. Fünfzehn.
 Colosseum: Emotionshaftspiel Gelsa de Rheid. 8 Uhr.
 Palais-Lichtspiele: Der Herr ohne Wohnung. Liebe macht blind.
 Weltkino: Die Banditen von Sando, Bar. Was tut man nicht alles aus Liebe.



„Was ist denn mit Dir los?“
 „H—H—Heiser!“
 „Nanu! Warum nimmst Du denn nicht Lakerol? Das bekommst Du überall!“

Lakerol ist von prominenten Persönlichkeiten empfohlen!
 Lakerol beugt Husten und Heiserkeit vor!
 Lakerol hemmt die Entwicklung schädlicher Keime, beugt wirklicher Erkrankung des Halses und der Atmungsorgane vor.

Preis: Mk. 0,60 pro Schachtel
 Beuthien & Schultz G. m. b. H., Berlin N 39, Pankestr. 12-14.
 Fabriklager für Wiederverkäufer: Paul Reeb, Mannheim, Lange Rötterstr. 53, Fernruf 29 290

Naturfreunde-Jugend-Gruppe
 Am Mittwoch, 23. März, im Besaale des „Friedrichshof“
Werbeabend
 Eintritt frei Beginn 8 Uhr
 Jugendliche, Eltern und Freunde der Jugend sind herzlich eingeladen

Perfekte Kostüm-Büglerin
 sofort gesucht
 Färberei Weiß, Blumenstr. 17

LEBENSBEDÜRFNIS
VEREIN
 Karlsruhe

Brotpreis-Abschlag!

Infolge des Rückgangs der Mehlpreise sind wir in der Lage, unsere Brotpreise ab 22. März wie folgt zu ermäßigen:

Roggenbrot . . . 1500 Gramm (Langstücke)	56 Pfg.
Schrotbrot . . . 1000 " "	36 " "
Kornbrot . . . 1000 " (runde Laibe)	40 " "
Kornbrot . . . 750 " (Langstücke)	30 " "
Halbweißbrot . 1000 " "	46 " "
Halbweißbrot . 500 " "	24 " "
Weißbrot . . . 350 " "	26 " "

Der Vorstand

Freiwillige Feuerwehrgesellschaft
 Mittwoch, 23. März, 1/2 Uhr, Schillerstr. 52.
 Gartenbau rechts i. U. gegen 8 Uhr.
 Gebrauchte Möbel u. a., poliert, säfett, poliert, eld., Spiegel, Kommoden, Schränke, Kommode, Sofa und 2 Sessel, etc. Soanmbau mit Spiegel, polierte Vertikalen mit Holz, Nachttisch, Bierisch, Notenänder, schöner großer Teppich, Kinder-vorwagen, Deimalwaage, elektr. Zug u. Tisch-lampe, Bilder, Spiegel und Kleinigkeiten.

Hesch, Gesellschaft 18 — Zeltbahn 2725
 NB. Uebernahme von Feuerwehrgesellschaften, auch Waren-lager usw. zu kommissionärem Verkauf.

Mietervereinigung R. Ruhe
 (e. B.)



Ich brauche nur
Hummels Rasiermesser

Karl Hummel, Werderstr. 13

Laden-Einrichtung für Buchhandlung
 geeignet zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 2002 an das Volksfreundbüro erbeten.

Offenburger Anzeigen

Allg. Konsum-Produktiv- & Vaugenossenschaft m. b. H. Offenburg und Umgebung
 Sonntag, den 3. April, vormittags 9 Uhr, in der „Brauerei Wandinger“

General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Geschäftsbericht und Vorlage der Bilanz. 2. Bericht der Revisoren. 3. Wahl des Vorstandes u. Aufsichtsrats. 4. Beschließendes.
 Der Aufsichtsrat: S. H. Huberer v.

Hühnerhaus
 ganz vorzügliche Qualität für 14-15 Hühner, leicht transportabel, 6-8 qm großes Schupdach und Druckluftumgung sofort billig abzugeben
 Kammerer, Braumstr. 1

Honig
 ganz vorzügliche Qualität 10 Pfund Dose 4 10.- 5 Pfund Dose 4 6.-
 Sorten extra, Muster umf. gratis, Dienenzucht, Hühnerzucht, etc.
 bei Jügelheim / Buchen

Fr. Otto Kasi
 Ettlingen, Rheinstr. 44

Sinner-Biere

kräftig, erfrischend
und wohlbekömmlich

Färberei Printz

gegr. 1846 A.-G. gegr. 1846

Werk für Färberei
Chemische Reinigung und Wäscherei

Karlsruhe, Ettlingerstr. 65/67, Fernruf 4507 u. 4508
Annahmestellen überall. :-:

„Schrempp-
Printz-Bier“

Am besten
mundets mir!



BATSCHARI
CIGARETTEN
HABEN WELTRUF!

Bankhaus
Veit L. Homburger
KARLSRUHE I.B., KARLSTRASSE 11
Gegründet 1854

Telefon:
Ortsverkehr 55, 56, 4891, 4892. Fernverkehr 4893, 4894, 4895
Postscheck-Konto Nr. 86

Mannheim

Badische Bank

Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Bankhaus Straus & Co.

KARLSRUHE

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.G.

Filiale Karlsruhe

Kaiserstraße Nr. 146 gegenüber der Hauptpost
Wechselstube im Hauptbahnhof

VERLANGEN SIE

HAID & NEU

NÄHMASCHINEN

UNÜBERTROFFEN AN
LEISTUNGSFÄHIGKEIT
und
ELEGANZ
der
MÖBELAUSSTATTUNGEN



NÄHEN
STICKEN
STOPFEN



IN KARLSRUHE
nur bei
AUG. NEUESÜSS
KRIEGSSTRASSE 74
erhältlich

**Kinder- und Damen- sowie Herren-Konfektion, Berufs-
kleider, ferner Manufakturwaren jeder Art, finden Sie in größter
Auswahl zu niedrigsten Preisen bei**

Gebrüder Blechner Nacht., Rastatt

Schulmappen Schulranzen Aktenmappen

Gottfried Dischinger vorm. B. Klotter
Spezialgeschäft für Reiseartikel und Lederwaren
Kaiserstraße 105 Karlsruhe Telefon 2618

Badische Girozentrale

Zweiganstalt Karlsruhe

Öffentliche Bankanstalt

Karl Friedrichstr. 1 (Ecke Zirkel), Fernsprecher 3503-3507
Reichsbank-Girokonto Postscheckkonto Nr. 79 000.

Kontenverbindung mit allen öffentlichen Bankanstalten und Sparkassen.

Erledigung von Bankgeschäften aller Art, laufende
Rechnungen unter günstigen Konditionen, Depo-
sitenverkehr, kostenlose Überweisungen innerhalb
des Reichsgebiets.

Trinkt Franz-Bier

Rastatt

Telefon Nr. 4

